

II-107 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesIX. Gesetzgebungsperiode

26. 3. 1962

244/A.B.Anfragebeantwortung
zu 263/J

des Bundesministers für Justiz Dr. B r o d a
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. v a n T o n g e l und Genossen,
betreffend Beschlagnahme der Zeitung "Montag" am 27. Dezember 1960 und
Aufhebung dieser Beschlagnahme am 26. Feber 1962.

Die mir am 21. März 1962 übermittelte Anfrage der Abgeordneten
Dr. v a n T o n g e l und Genossen (263/J/N.R. 1962) betreffend die
Beschlagnahme der Zeitung "Montag" am 27. Dezember 1960 und Aufhebung
dieser Beschlagnahme am 26. Februar 1962 beehre ich mich, wie folgt zu
beantworten, wobei ich der Reihung der Anfragepunkte folge:

1) Am 27. Dezember 1960 befassten sich die periodischen Druck-
schriften "Wiener Montag" und "Grazer Montag" mit dem bekannten Strafver-
fahren wegen Wiederbetätigung für die NSDAP. gegen Konrad W i n d i s c h
und Genossen (Bund der heimattreuen Jugend), welches im Dezember 1960 mit
dem Schuldspruch gegen eine Reihe von Angeklagten durch die Geschwornen
in erster Instanz beendet wurde. Der "Wiener Montag" und der "Grazer
Montag" bezeichneten dabei die Tätigkeit der Gerichte und der Justizver-
waltung bei Vollziehung der geltenden Gesetze "gegen den sogenannten
Neonazismus" als "Hexenwahnideen", als "Gespensterkampf", als "Kampf gegen
Windmühlflügel" und als Don Quichotismus. Über Antrag der Staatsanwalt-
schaft Wien, die in dieser Äusserung ein Vergehen nach § 300 StG.
(strafbare Herabwürdigung gerichtlicher Entscheidungen und Aufreizung
zur Verachtung gegen staatliche Behörden) erblickte, verfügte der Unter-
suchungsrichter noch in den Morgenstunden des 27. Dezember 1960 die Be-
schlagnahme der genannten Druckschriften.

Der Antrag ist vom journalhabenden Staatsanwalt der Staatsanwalt-
schaft Wien während seines Nachtdienstes aus eigener Initiative und ohne
vorherige Rücksprache mit einer übergeordneten Behörde, wozu er übrigens
auch gar nicht verpflichtet gewesen wäre, gestellt worden. Die im Be-
schwerdewege angerufene Ratskammer des Landesgerichtes für Strafsachen

244/A.B.
zu 263/J

- 2 -

Wien hat sich der Auffassung der Staatsanwaltschaft Wien angeschlossen und die Beschlagnahme bestätigt, wobei sie insbesondere ausführte, dass sich aus dem Aufsatz eindeutig die Aufreizungsabsicht des Artikelverfassers ergebe und der Aufsatz sich nicht etwa bloss als eine Kritik darstelle. Aus den zitierten richterlichen Entscheidungen ergibt sich, dass der diensthabende Journalstaatsanwalt, der die Beschlagnahme beantragt hatte, vollkommen dem Gesetz entsprechend vorgegangen ist. Die frühe Morgenstunde der Beschlagnahme ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Übermittlung der nach dem Pressegesetz vorgeschriebenen Pflichtexemplare an die Staatsanwaltschaft und aus der Dienstenteilung der staatsanwaltschaftlichen Behörden. Eine Sondermassnahme gegen den "Wiener Montag" bzw. den "Grazer Montag" wurde weder in diesem Fall noch in anderen Fällen verfügt oder ergriffen.

2) Der Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur beim Strafbezirksgericht Wien gemäss § 30 Pressegesetz wurde nach Durchführung der Voruntersuchung am 27.6.1961 gestellt. Der Zeitablauf bis zur Stellung des Strafantrages ist durch die bekannte Überlastung der Gerichte und der Justizverwaltung in politischen Strafsachen, die im abgelaufenen Jahr eingetreten ist, zu erklären.

3) Da der Autor des beanstandeten Artikels nicht ermittelt werden konnte, konnte das Verfahren wegen Vergehens nach § 300 StG. nicht gegen eine bestimmte Person geführt werden, sondern musste ebenso wie sonst bei jedem Presseinhaltsdelikt, wenn nur der objektive Tatbestand vorliegt, gegen den verantwortlichen Redakteur der genannten Druckschrift Bruno Maassmarkt, der zwar den Artikel vor Drucklegung gelesen hatte, dem aber eine Aufreizungsabsicht im Sinne des § 300 StG. nicht nachweisbar war, Strafantrag wegen Übertretung der Vernachlässigung der pflichtgemässen Obsorge nach § 30 Pressegesetz gestellt werden. Diesen Antrag hat die Staatsanwaltschaft durchaus im Einklang mit der Sach- und Rechtslage über Weisung des Bundesministeriums für Justiz, dem die Überwachung des gleichmässigen Vorgehens der staatsanwaltschaftlichen Behörden im ganzen Bundesgebiet obliegt, gestellt.

4) Für die Erhebung von Rechtsmitteln gegen das Urteil des Strafbezirksgerichtes Wien vom 18.10.1961 lag der Staatsanwaltschaft Wien keinerlei Weisung vor. Das Bundesministerium für Justiz billigt jedoch die Vorgangsweise der Staatsanwaltschaft, zumal ihr Rechtsstand-

244/A.B.
zu 263/J

- 3 -

punkt mit dem das Ratskammerbeschlusses, mit dem die Beschlagnahme am 5. Jänner 1961 bestätigt worden war, übereinstimmt. Erst mit der von dieser Rechtsansicht abweichenden Entscheidung des Berufungsgerichtes vom 26.2.1962 war die gegenständliche Rechtssache rechtskräftig richterlich entschieden.

5) Der Zeitung wird für die vom Gericht aufgehobene Beschlagnahme keine Entschädigung gewährt, weil eine solche im geltenden Gesetz nicht vorgesehen ist. Den Herren Anfragestellern ist sicherlich bekannt, dass die Regierungsvorlage für ein Pressegesetz (375 der Beilagen) die Leistung einer finanziellen Entschädigung durch den Staat bei der Aufhebung einer über den Antrag der Staatsanwaltschaft verfügten Beschlagnahme einer Zeitung vorgesehen hat.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass die staatsanwaltschaftlichen Behörden im gegenständlichen Fall im Rahmen der Anwendung der geltenden Gesetze vollkommen pflichtgemäss vorgegangen sind.

-.--.-.-.-